

teivorstand gezielt betriebene Trennung dazumal »vielleicht unvermeidbar« gewesen sei (S. 441): Grund hierfür war vor allem die vehemente Kritik an den in das Godesberger Programm mündenden Modernisierungsbestrebungen des PV durch den in seiner marxistischen Mehrheit zum »konsequenten Kampf gegen die herrschenden Klassen« entschlossenen SDS; hinzu kam die Befürchtung, daß sich um den SDS und seinen Fördererverein aus Professoren und Gewerkschaftsfunktionären eine innerparteiliche Opposition sammeln könnte, die den Weg zur Regierungsfähigkeit der SPD in einer Koalition mit bürgerlichen Parteien durchkreuzen würde.

Die heutige Rückschau legt nahe, daß der SDS mit einem für die nächsten Jahrzehnte bedeutsamen politisch-moralischen Paradigmenwechsel seiner Partei und seiner Zeit in der Tat vorausgeeilt war. Gemeint ist die Ablösung des antitotalitären Konsenses der Nachkriegsjahre durch die Hegemonie eines »postfaschistischen Antifaschismus«, der die philosophische Äquidistanz der Gründergeneration zu jedweden antidemokratischen Herrschaftsgebilden aufgehoben und – so Karl Dietrich Bracher – »anstelle des Kommunismus vor allem den Antikommunismus unter Ideologieverdacht« gestellt hat. Ob die von der SDS-Mehrheit erstrebte »andere« Deutschland- und Ostpolitik auch tatsächlich jene gewesen wäre, die Willy Brandt schließlich verwirklicht hat (so Jürgen Seifert in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 1989, H. 2, S. 182), ist eine müßige Frage. Das erst später so genannte Konzept des Wandels durch Annäherung mußte den damaligen Führern der SPD als ein nicht vermittelbares Risiko erscheinen, bei dem Verteilung und Qualität des Wandels sowie Art und Grenzen der allfälligen »Nähe« unabsehbar waren. Nur Traumtänzer konnten ernsthaft erwarten, daß die Partei das Kalkül künftiger Parlamentsmehrheiten gegen den herrschaftsfreien Diskurs mit ihrem Studentenverband eintauschen würde. Dermaßen simpel und konkret kann Geschichte mitunter sein. – Daß im übrigen die kommunistischen Diktaturen sich nicht in einem durch Annäherung bewirkten Wandel aufgehoben haben, sondern an ökonomischer Unfähigkeit und inneren Widersprüchen schlußendlich gescheitert sind, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Vielleicht hat Willy Albrecht wirklich »nur« eine Chronik des SDS geschrieben, die die Publikumsfrage nach dem »eigentlichen Motiv für den Rückgriff auf einen revolutionären Marxismus« nicht beantworten kann (Christian Gneuss in: Die Zeit, Nr. 47 vom 18. Nov. 1994). Daß sie keine Familienchronik ist, bringt den Forschungsstand aber schon ein gutes Stück voran.

*Werner Röder, München*

Rudolf G. Ardelt, Vom Kampf um Bürgerrechte zum »Burgfrieden«. Studien zur Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1888–1914 (Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte 1/Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1994, 198 S., brosch., 36 DM.

Walter Peissl, Das »bessere« Proletariat. Angestellte im 20. Jahrhundert (Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte 4/Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1994, 315 S., brosch., 57 DM.

Nur selten überwiegt beim Wiederabdruck von Beiträgen, die vor wenigen Jahren bereits andernorts erschienen sind, der Ertrag für das Fachpublikum im Verhältnis zu den Intentionen einer Profilierung des jeweiligen Autors. Die Aufsatzsammlung von Ardelt unterscheidet sich von diesem Typus in dreifacher Hinsicht vorteilhaft. Zum einen fehlt in der

Tat noch immer eine »heutigen wissenschaftlichen Ansprüchen« gerecht werdende Gesamtanalyse der österreichischen Sozialdemokratie (SDAP) vom Hainfelder Einigungs-Parteitag bis zum Ende der Monarchie jenseits der Forschungsschwerpunkte »Nationalitätenfrage« und »Austromarxismus« (S. 1). Überdies wurde für diese Publikation ein Originalbeitrag zum »§ 14-Regime« verfaßt (S. 54–74), dessen Thematik – antiparlamentarisch motivierte Vertagung des Abgeordnetenhauses bereits fünfeinhalb Monate vor Kriegsausbruch infolge einer Nationalitätenobstruktion gegenüber autoritären Maßnahmen – sich an einer Nahtstelle der betrachteten Entwicklung befindet. Letztlich fügen sich auf diese präsentierte Weise die einzelnen Beiträge nicht nur chronologisch, sondern auch systematisch ineinander: Indem sich die ursprüngliche Hainfelder Konzeption (S. 9–36) bis zu den erfolgreichen Wahlrechtskämpfen (1905/07) bewährte, dann jedoch über mehrere Etappen zunächst in eine Stagnation ausbleibender Reformschritte geriet (S. 37–53) und schließlich im Krieg an ihre strategischen Grenzen stieß (S. 75–153), die mit dem spektakulären Gewaltakt von Friedrich Adler (Ermordung des autoritär regierenden Ministerpräsidenten Stürgkh) handstreichartig gesprengt werden sollten (S. 154–197). Nur am Rand sei vermerkt, daß die Datierung auf dem Buchumschlag (1888–1917) von den bibliographisch maßgebenden Angaben (1888–1914) zwar abweicht, jedoch mit Rücksicht auf diesen Schlußbeitrag inhaltsgetreuer erscheint.

Die materialreich und argumentativ überzeugend dargelegte Kernthese von Ardelts skizziert die SDAP als eine Bürgerrechtspartei, die auf eine demokratische Öffentlichkeit ausgerichtet war und dieser konstitutiv bedurfte. In diesem Sinne führte »Hainfeld« (analog zur deutschen Entwicklung nach dem Sozialistengesetz) zu einer Mobilisierung aller Ressourcen der Kommunikation und Partizipation (z. B. Aufbau der Parteipresse und des milieuintegrierenden Vereinswesens), um schließlich in die Durchsetzung eines allgemeinen (Männer-)Stimmrechts zu münden. Die nächste Stufe einer fortschreitenden Parlamentarisierung scheiterte jedoch doppelt an der Eskalation von Nationalitätenkämpfen (der auch das »supranationale« Integrationsdach der SDAP zum Opfer fiel) und einer autoritären Gegenstrategie des bürokratisch-militärischen Obrigkeitsregimes, dessen Repressionsakte wider die freie Entfaltung von Bürgerrechten im Ersten Weltkrieg kulminierten. Vor solchem Hintergrund gewinnt das – nicht selten als halbpathologische Verzweiflungstat eines Geltungssüchtigen mißverstandene – Revolverattentat Friedrich Adlers (Sohn des legendären Parteigründers Victor Adler) über naheliegende humanitäre Bedenken hinweg seine politische Logik: Neben dem antimilitaristischen Protest gegen ein zunehmend sinnloseres Massensterben in einem längst dem Primat der Politik entglittenen Zermürbungskrieg belegt der aus engagierter Distanz interpretierende Autor das Kalkül des prominenten Täters, über die Schlagzeilen der Todesschüsse hinaus den anschließenden Prozeß in ein öffentliches Tribunal gegen die repressive Kriegsdiktatur umfunktionieren zu können. Darin erwies sich die auf diese Weise nach »links« hin mitgerissene SDAP nicht bloß militanter als die SPD (was bis zum Februaraufstand 1934 nachwirkte, ohne das historische Verhängnis aufzuhalten), sondern eben auch orientiert an konsequenter Verteidigung von Bürgerrechten, wobei ihr diese Radikalität zugleich Resonanz in der liberalen Öffentlichkeit einbrachte.

Gewissermaßen in umgekehrter Proportion erwartet der Leser von der Themenstellung Peissls zunächst eine monographische Darstellung, wird aber eher mit einer zumindest aus zwei Komponenten bestehenden Präsentation in sich heterogener Teilstudien konfrontiert: Die Abschnitte über Folgewirkungen neuer Technologien für die Büroarbeit der Gegenwart und Zukunft (S. 234–289) schließen relativ unvermittelt an den Hauptteil der Untersuchung an; dieser beinhaltet – nach ausgedehnten begrifflich-theoretischen Vorüberlegungen aus der vorhandenen Literatur (S. 15–77) – einen auch vergleichende Perspektiven (insbesondere zu Deutschland) bietenden Überblick zur Entwicklung der österreichischen Angestelltenschaft. Da in diesen (zeit-)historischen Studien zwar ein nützlicher Brücken-

schlag über die Epochengrenzen hinweg – vom späten 19. zum Strukturwandel des gesamten 20. Jahrhunderts – erfolgt, aber quellenbedingt nur bescheidene Anknüpfungspunkte zu heutigen arbeitsplatzorientierten Betrachtungsweisen mitgeliefert werden, gerät der in die Materie überaus detailliert eindringende Schlußteil zum bloßen Appendix, der besser separat zu publizieren gewesen wäre. Eine Vollendung der informativen historischen Materialsammlung mit vielen treffenden Einzelanalysen zur durchgearbeiteten Gesamtdarstellung ist leider nicht immer zureichend erfolgt, wovon z. B. aus nicht ersichtlichen Gründen in Duplizität wiedergegebene Zitate (S. 25 f. und S. 113/119) und für den Leser unverständliche Satzfragmente (S. 130/Ende erster Absatz) ebenso zeugen wie der wörtliche Ausdruck sich mehrfach wiederholender, nur teilweise leicht modifizierter Gesetzesdefinitionen zum Status davon erfaßter Angestellter.

Abgesehen von der teilweise unfertig publizierten, mehr einem Arbeitsbuch und Nachschlagewerk als einer Monographie entsprechenden Darstellungsform erweist sich der Sach- und Argumentationsgehalt der Studien Peissls gleichwohl als durchaus rezeptionswürdig. Das zusammengetragene statistische Material und die Nachzeichnung von Entwicklungslinien der Gesetzgebung tragen differenzierte Urteile über Sozillage, Selbstverständnis und Organisationsverhalten der österreichischen Angestelltenschaft, deren – wie im preußischen Obrigkeitsstaat anzutreffendes – beamtennahes Sonderbewußtsein aus der Monarchie nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend in einen gemeinsamen Arbeitnehmerstatus übergegangen ist, ohne daß sämtliche objektiven und subjektiven Unterschiede zur Arbeiterschaft beseitigt wären.

Das im Publikationskontext »Geschichte der Arbeiterbewegung« bemerkenswerteste Phänomen, nämlich die (im Gegensatz zu Deutschland) mehrheitlich an Freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie orientierte Haltung der österreichischen Angestellten bereits im Verlauf der 1920er Jahre, hätte freilich eingehendere Analysen verdient. Dabei wird zu wenig beachtet, daß eine geradewegs erdrückende Organisationsstärke in der (mit 1,8 von 6,5 Mio. Einwohnern nach dem Reichszerfall überdimensionierten) Hauptstadt Wien den gesamtstaatlichen Daten ihren Stempel aufprägte (bis über 400 000 der 700 000 SDAP-Mitglieder lebten in Wien!); insofern war erst recht für dort konzentrierte Angestellte organisationsbezogen eine weitreichende Hauptstadtdominanz zu verzeichnen, die den »Rest« Österreichs den betreffenden Verhältnissen bei deutschen Nachbarn wieder ähnlicher erscheinen ließe. Die freigewerkschaftlichen Handelsangestellten konnten sogar bereits zur Jahrhundertwende bei Wiener Gremienwahlen mit den christlichen (vom anti-semitischen Bürgermeister Lueger protegierten) Kontrahenten gleichziehen und im Zeitraum 1905 bis 1914 nahezu eine Dreiviertelmehrheit erreichen (S. 196). Dafür ist auch die »weitgehende Ausgrenzung der Handlungsgehilfen und Werkmeister aus der den Sonderstatus festigenden Pensionsversicherung« verantwortlich, was deren »mentale Proletarisierung beschleunigte« (S. 204), wogegen das stärker integrierende reichsdeutsche Angestelltenversicherungsgesetz von 1911 ein »bürgerliches« Standesdenken begünstigte. Solchen Differenzen in historisch-komparativen Studien weiter nachzugehen und umfassendere Interpretationskonzepte zu präzisieren, liefert die vorgelegte Untersuchung viele brauchbare Anknüpfungspunkte.

*Detlef Lehnert, Berlin*